„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
[illegible] W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 12—32 Seiten [illegible]

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c. Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 50c.

„Canadische Unabhängigkeit?"

Unter diesem Titel erschien kürzlich in „The Outlook" (London, England) und gleichzeitig in „The Canadian" (Vancouver, B.C.) eine bemerkenswerte Abhandlung aus der Feder des berühmten canadischen Verfassungsrechtlers John S. Ewart, K.C., Ottawa. Da die englisch-canadischen Blätter solche für sie unangenehme Darlegungen gerne mit Stillschweigen übergehen, sehen wir uns veranlaßt, sie wenigstens unseren deutschcanadischen Freunden zu Gemüte zu führen, damit sie Einblick in verfassungsrechtliche Strömungen erhalten, welche nicht nur in Canada, sondern auch in anderen Teilen des britischen Reiches sich von Tag zu Tag verstärken.

In der Einleitung weist J. S. Ewart darauf hin, daß mit Ausnahme von vier verhältnismäßig kleinen Gebieten und mit Ausnahme von Canada jede Quadratmeile von Nord- und Südamerika einem selbständigen, souveränen Staate angehört. Ueberall sei die Befreiung vom Kolonialzustand, sei die Unabhängigkeit im Kampfe gegen die herrschende imperialistische Macht errungen worden. Seltsamerweise sei Canada durch Teilnahme an einem Kriege an der Seite seiner Vormacht an die Schwelle der Unabhängigkeit geführt worden. Das unvermeidliche Ziel sei nicht mehr fern und die in jener Richtung führenden Schritte kämen in rascher Aufeinanderfolge. Das Ziel sei deswegen unvermeidlich, weil es unmöglich sei, daß Canada auf ewig seine politische Unterordnung dulden könne.

Fortfahrend zitiert Ewart eine Reihe von Aeußerungen aus dem Munde hervorragender britischer „Imperialisten", wie Viscount Grey, Amery, Churchill, Sir Robert Borden, die anscheinend sich für eine weitergehende Unabhängigkeit Canadas vom „Mutterland" erklären, während nach Ewarts Auffassung man solchen Sirenentönen das lebhafteste Mißtrauen entgegenbringen solle. „Diese Männer", so bemerkt der canadische Rechtsgelehrte, „meinen nicht im geringsten das, was sie sagen. Kürzlich wurde zum Beispiel Herr Amery auf seine eigene Veranlassung hin zum Staatssekretär für die Dominion ernannt; aber wenn Canada in Verfolg seines angeblichen Status der Gleichberechtigung die Stelle eines Staatssekretärs für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Ulster schaffen wollte, so würde Herr Amery diesem Vorgehen mit einem etwas unterdrückten Lächeln der Ueberlegenheit begegnen. Die Imperialisten fügen häufig ihren Aeußerungen über die politische Gleichberechtigung Canadas Worte wie „innerhalb des Reiches" an. Daß nicht zwei souveräne Staaten Mitglieder eines Reiches sein können, schreckt sie nicht ab."

Nun wird J. S. Ewart noch deutlicher. Er fordert kurzerhand die Beseitigung aller politischen Beschränkungen, welche die Errichtung eines souveränen canadischen Staates verhindern, und die Beseitigung aller Spuren einer Unterordnung. Es sei mit canadischer Selbstachtung einfach unvereinbar, daß die canadische Verfassung ein Gesetz des britischen Parlaments ist, und daß das Dominion-Parlament keine Macht hat, auch nur die kleinste Verfassungsänderung vorzunehmen. Es müßte in einem solchen Falle eine demütige Bittschrift an das britische Parlament gesandt werden. Die Imperialisten behaupteten, das sei kein Nachteil, weil ja auf die canadischen Wünsche stets bereitwilligst eingegangen würde. Die Antwort der canadischen Nationalisten laute, daß die Erfahrung anders lehre und daß es sich dabei um eine Frage nationaler Selbstachtung handle. Das canadische Parlament sollte nirgendshin Bittgesuche senden.

Der tiefste Grund für die Unabhängigkeitsbewegung sei Canadas gegenwärtige Verpflichtung, sich durch eine Aktion der britischen Regierung in einen Krieg hineinzerren zu lassen. Gewiß könne Canada darüber entscheiden, in welchem Ausmaße es sich an einem britischen Kriege beteiligen wolle, aber nur durch eine Unabhängigkeitserklärung könne verhindert werden, daß Canada im Falle einer britischen Kriegsbeteiligung ebenfalls dem Kriegszustand verfalle. „Man betrachte den Locarnopakt," fährt Ewart fort, „der mit ziemlicher Sicherheit Großbritannien zum Teilnehmer am nächsten europäischen Kriege, vielleicht an der Seite Frankreichs, vielleicht aber auch an der Seite Deutschlands, machen wird! Eine Klausel bestimmt, daß Canada nicht durch den Pakt gebunden ist, wenn seine Regierung ihn nicht annimmt. Aber auch die Ablehnung wird nicht verhüten, daß es im Kriegszustand mit dem Feinde Britanniens sich befinden wird. Sollte dieser Feind Frankreich sein, so würde die Provinz Quebec wahrscheinlich zu einigen Vorbehalten geneigt sein. Canadas auswärtige Beziehungen sollten nach Ansicht der Nationalisten seiner eigenen Kontrolle unterstehen. Canada wurde in den letzten Krieg lediglich deswegen verwickelt, weil es ein britisches Anhängsel war. Das kostete ihm über 50.000 Menschenleben, Tausende von Invaliden und eine Schuld von über 400 Millionen Pfund. Daher sind die Nationalisten der Auffassung, daß Canada an keinem weiteren Kriege mehr teilnehmen sollte, nur aus dem Grunde, weil Großbritannien daran beteiligt ist."

Manchmal wird auf die erwähnten Einwände geantwortet, das britische Reich biete seinen Gliedern einen geräumigen und würdigen Reichspalast und nur ein Tor oder ein unterdrücktes Mitglied der Familie könnte wünschen, sich davon zu trennen, um in einem „Cottage" zu leben. Ewart meint, er wolle lieber Herr in einem „Cottage" als Diener in einem Palast sein. Doch sei das eine Geschmackssache. Die britischen Imperialisten betrachteten „unsere" Dominions nur als britische Zuchtanstalten für Soldaten („soldier nurseries"), die in Notzeiten ihnen wertvolle Hilfe bringen könnten. Er (Ewart) bekenne offen, daß er sich nicht wie gewisse canadische Imperialisten mit einem Zustande zufrieden geben könne, der vom Vasallentum nicht weit entfernt sei.

Abrüstung und Völkerbund

Rußland glaubt nicht an die Aufrichtigkeit der Konferenz

Deutschland rief in der Abrüstungs-Studienkommission in Genf eine Sensation hervor, als Graf von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, ausdrücklich auf die Prinzipien, daß Deutschlands Nachbarn noch nicht abgerüstet haben [illegible].

Er bestand darauf, daß die von Frankreich vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verstärkung des Völkerbundvertrags und zur schnellsten Hilfeleistung für irgend eine angegriffene Nation nicht auf die jetzigen übermäßigen Rüstungen in Europa aufgebaut werden sollen, sondern auf den Gradmesser herabgesetzter Rüstungen, welche nach allgemeiner Meinung die geplante Internationale Konferenz der Welt bringen wird.

Von Bernstorff bemerkte nachdrücklich, daß Deutschland, obwohl es „moralisch als ein Mitglied der Liga" betrachtet werde, doch noch keine Stimme in der Ligaratssitzung haben könne, in der das Projekt des französischen Delegaten Paul Boncour über Verstärkung des Völkerbundvertrages zur Erörterung gelange. Aus diesem Grunde müßte er hier seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen, daß die zukünftige Abrüstung solcher Art sein solle, daß keine Nation über stärkere militärische Macht verfüge, als die dem Völkerbund zur Verfügung stehe. Jeder Staat solle über genügend Streitkräfte verfügen, damit die Liga jeder Zeit in der Lage sei, ihrem Willen Nachdruck zu verleihen. Maßnahmen gegen den Krieg, und zwar in solchem Maße, daß ein Krieg nicht die geringste Aussicht hat, mehr zu kommen, soll das Ziel sein, das den Arbeiten der Studienkommission gesetzt wird.

Rußland hat den Völkerbund in Kenntnis davon gesetzt, daß es sich weigere, dem gestellten Ansuchen seine Anschauungen zur Frage der Kontrolle der Privatherstellung von Kriegswaffen zu übermitteln nachzukommen. Die Liga plant im Herbst eine Konferenz zur Besprechung dieser Frage einzuberufen. Maxim Litvinoff, Hilfs-Auslandminister von Sowjet-Rußland, erklärte, daß sein Land der Konferenz über Waffenhandelkontrolle nicht beiwohnen werde, da sie nicht ernst genommen werden könne. Aus dem gleichen Grunde wolle Rußland auch nichts mit der Frage der Kontrolle der privaten Waffenfabrikation zu tun haben.

In Ligakreisen ist man der Ansicht, daß Rußlands Weigerung, an den verschiedenen Waffenkonferenzen teilzunehmen, einen wirklichen Fortschritt in der europäischen Abrüstung verhindere.

Diktatur in Polen?

Die Pilsudski-Regierung erließ eine Kundgebung, die besagt, daß das Land eine fundamentale Aenderung der Konstitution verlangt und daß für die Dauer dieser Reorganisation dem Präsidenten der Republik besondere diktatorische Gewalten verliehen werden müssen. Die Kundgebung besagt ferner, daß das Land die Auflösung des polnischen Parlamentes fordere, das in Kürze zur Wahl eines Präsidenten zusammentreten soll.

In politischen Kreisen wird diese Erklärung als gleichbedeutend mit der Ankündigung einer Diktatur betrachtet.

Obwohl Marschall Pilsudski seine Präsidentenkandidatur noch nicht offiziell angekündigt hat, scheint es doch seine Absicht zu sein, seinem kürzlichen Staatsstreich die Regierung mit eiserner Hand folgen zu lassen.

In einer Proklamation an seine Soldaten verlangt [illegible] der Patriotismus, Einstellung aller Faktionsstreitigkeiten und Reinheit. Die Proklamation beginnt mit den Worten: „Soldaten, ich erwarte von Euch, daß Ihr das erste Beispiel von Patriotismus gebt, alle Faktionsstreitigkeiten einstellt und Euch in Liebe zu Eurem Lande vereinigt. Wenn Ihr mich nicht lieben könnt, so habt Ihr mich wenigstens zu respektieren."

Daß Pilsudski es soweit unterlassen hat, seine [illegible]

Petljura ermordet

[illegible]

Weltumschau

Deutschland

Die Besprechungen, welche der Präsident der Reichsbank Dr. Hjalmar Schacht im Laufe dieser Woche in London mit Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von England, und Benjamin Strong, dem Gouverneur der Bundes-Reservebank in New York haben wird, entbehren, wie in offiziellen Kreisen Berlins erklärt wird, jeder politischen Bedeutung. Es handelt sich einfach, wird hinzugefügt, um eine der periodisch wiederkehrenden Konferenzen zwischen Vertretern der führenden Banken der Welt. Als durchaus unbegründet werden die Gerüchte bezeichnet, Deutschland beabsichtige, eine sofortige Revision des Dawesplanes anzuregen. Beigefügt wird, obgleich die deutschen Staatsmänner und Finanziers davon überzeugt seien, daß der Dawesplan in seiner derzeitigen Gestalt nicht durchführbar sei, werde die deutsche Regierung nicht um eine Revision nachsuchen. Es sei vielmehr beabsichtigt, es der anderen Seite zu überlassen, die Notwendigkeit einer solchen Revision zu erkennen. Mit einer solchen Erkenntnis der Gläubiger Deutschlands sei aber im nächsten Jahr sicher zu rechnen, da sich in diesem Jahr die dem Reich aufgehalsten Lasten als direkt untragbar und als niederschmetternd für die deutsche Wirtschaft erweisen müßten.

Hinsichtlich der Gerüchte, die Regierung beabsichtige, eine rasche Räumung des besetzt gehaltenen Gebiets zu verlangen, wird die folgende Erklärung gegeben: Sobald Deutschland Aufnahme in die Völkerliga gefunden habe, werde die Aufmerksamkeit der Alliierten auf Artikel 431 des Versailler Vertrags gelenkt werden, der sich auf diese Frage bezieht, und dann stehe zu erwarten, daß die Räumung erfolgen werde, einfach, weil Deutschland nunmehr allen Verpflichtungen nachgekommen sei, die ihm durch den Vertrag auferlegt worden seien. (Artikel 431 des Versailler Vertrags lautet: „Wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraums von 15 Jahren alle Verpflichtungen erfüllt hat, welche ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsen, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.")

Die deutsche Regierung beabsichtigt, gegen das Dekret der amerikanischen Regierung, welches weitere Zölle auf die Einfuhr von deutschen Eisen- und Stahlprodukten legt, formellen Protest einzulegen.

Der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Hans Luther trifft Vorbereitungen für eine Reise nach den Ver. Staaten im Juni, der sich eine Weltreise anschließen wird.

Der Geheimrat Professor Karl Holl, ein bedeutender Kirchenhistoriker und Mitglied der Ber- [illegible]

Oesterreich

[illegible]

Jugoslawien

[illegible]

Südtirol

[illegible]

Japan

[illegible]

[illegible]

Marokko

[illegible] und das [illegible] Land wurden von den Franzosen [illegible] besetzt. Die Besitznahme wurde durch die Unterwerfung eines großen Teiles der [illegible] Stämme [illegible]

Syrien

[illegible] Amnestie [illegible] Sie wird unter der Bedingung bewilligt, daß die Aufständigen die Feindseligkeiten innerhalb von 20 Tagen einstellen.

Argentinien

Das Kabinett der Republik Argentinien hat [illegible] $12,000,000 für den [illegible] mit zusammen 15,000 Tonnen Wasserverdrängung auszuwerfen. Es sollen [illegible] Kreuzer, drei Tauchboote, zwei Zerstörer [illegible] angeschafft werden.

China

[illegible]

Ver. Staaten

[illegible]

Mexiko

[illegible]

Abrüstungskonferenz

[illegible]

Rückgang der Amerikanisierung

Amerikas „Schmelztiegel" wird seitens der [illegible] unter den Auspizien der Historischen Gesellschaft von Amerika wissenschaftlichen Erhebungen unterworfen werden, um festzustellen, welchen Einfluß die im Ausland geborenen Bewohner auf die Entwicklung des Landes gehabt haben. Zur Durchführung dieses Problems wird eine Sammlung von $1,000,000 im ganzen Lande veranstaltet werden, um die Unkosten zu decken. Die Resultate einer derartigen Feststellung dürfte [illegible] die während der letzten Jahrzehnte beobachteten, wie Einwanderer in allen Kreisen zu leitenden Stellungen aufstiegen. An der Spitze der Sammelkampagne stehen Albert J. Beveridge, Charles Evans Hughes und andere angesehene Amerikaner.

Welchen Einfluß die Einwanderer-Beschränkung auf den Besuch der Abendschulen ausübt, geht aus einem Bericht des „Council on Emigrant Education" in New York hervor, der besagt, daß das Schuljahr 1924/25 zusammen 60,155 Abendschüler (darunter 5,778 Deutsche, 3,717 Oesterreicher, 10,253 Italiener und ganze 598 Franzosen) zu verzeichnen hatte. Im Jahre 1904/5 waren es 85,743 Abendschüler und 1914/15 waren es noch 88,253. Die Zahl der Abendschulen hat sich in den genannten Jahren von 77 auf 68 verringert. Dem Amerikanisierungsrummel haben also die Nativisten mit ihren engherzigen Bestrebungen unfreiwillig den ersten Dämpfer aufgesetzt.